

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Wintefeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher: Amt Cithora Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164



Frühling

Sieh, die Bäume knospen wieder
Und die Erde schmückt sich bunt,
Seine alten Freudenlieder
Jauchzt des Frühlings troher Mund.
Laue Winde aus der Ferne
Streicheln, was zum Lichte will,
Und des Abends gold'ne Sterne
Sehn uns an wie Augen still.

Und du spürst das neue Leben,
Das sich tief geheimnisvoll
Aus dem Wirken, aus dem Weben
Ringsumher erheben soll.
Und du siehst in blauer Weite
Schwellend das begrünzte Feld,
Und des Flusses blanke Breite
Grüßt dich wie aus anderer Welt.

Huszutilgen, was dem Bilde
Reinheit und Vollendung raubt;
Daß des Frühlings weiße Milde
Segne auch des Menichen Haupt.
Daß sie werden: frohe Pfingsten,
Voll von dem lebend'gen Geist,
Der dem Aermsten und Geringsten
Blüten, Freude, Frucht verheißt.

Pan.

Und so sinnst du wohl ein Weilchen,
Und dir klingt der Drossel Ruf:
Was du schaut, ist nur ein Teilchen
Deinen, was der Frühling schuf.
Wand're Tage, wand're Nächte,
Eher wird dein Auge müd,
Eh' es dieses Werdens Mächte
Ganze Wundergröße lieht.

Und aus den verborg'nen Quellen
Deiner andachtstillen Brutt
Drängt empor in heißen, schnellen
Pulsen aller Kräfte Luft:
Frisch zu üben Sinn und Stärke
Auf des Daseins weitem Feld,
Mitzubau'n am höchsten Werke:
An der Schönheit dieler Welt.

Pfingsten.

Und als der Tag der Pfingsten erfüllet war, waren sie alle einmütig beieinander. Und es geschah schnell ein Brausen vom Himmel als eines gewaltigen Windes und erfüllte das ganze Haus, da sie saßen. Und es erschienen ihnen Zungen, zerteilet wie von Feuer. Und er setzte sich auf einen jeden von ihnen und wurden alle voll des heiligen Geistes und sungen an zu predigen mit andern Zungen, nach dem der Geist ihnen gab auszusprechen."

Parther und Meder, und die da wohnten in Mesopotamien, in Judäa, Kappadozien, Pontus und Asien, Phrygien und Pamphilien, Ägypten und an den Enden der Libyen bei Kyrene, Ausländer von Rom, Juden und Judengenossen, Kreter und Araber — sie alle redeten plötzlich in einer Sprache und verstanden einander. . . .

Es ist internationaler Geist, der aus diesen Bibelworten spricht: die Idee hatet nicht an den Zufälligkeiten begrenzter Sprachgebiete; ihre Wahrheiten kümmern sich nicht um Schlagbäume und Zollschranken. Was sich geographisch auf zahllose Erdstücke verteilt und hier ein gesondertes Dasein lebt — es findet seine Synthese, seine gedantliche Zusammenfassung in einem großen gemeinsamen Wollen. Ueber dem Volk steht die Menschheit, wie über dem Interesse des einzelnen und der Familie die Wohlfahrt der Nation steht.

Es hat den Anschein, als ob wir heute, nach zweitausend Jahren, weiter als je von einem gegenwärtigen Verständnis der Nationen entfernt sind. Zwar hat es auch in dieser wilden Kriegszeit nicht an besonnenen Mahnern gefehlt, die immer wieder darauf hinwiesen, daß das Schicksal der einzelnen Völker über alle Feindseligkeiten hinweg eng verknüpft sei mit dem Schicksal der Menschheit in ihrem Ganzen. So natürlich der Wille zur Selbstbehauptung in jeder Nation ist: sie kann sich auf die Dauer nicht isolieren, kann kein Eigenbrödlerdasein abseits von der übrigen Welt führen. Die Interessen laufen herüber und hinüber, und letzten Endes zeigt es sich, daß auch ihre Wohlfahrt zum guten Teile in der Wohlfahrt der anderen Nationen verankert ist.

Diese Erkenntnis hat heute einen mächtigen Kurs. Heute, wo die trennenden Momente überall bis zur Weißglut erhitzt werden. Und wenn jene Wahrheit auch mit feurigen Zungen predigt — ihre Sprache verhallt in dem Toben der Geißeln, die uns sichtbare Zungen erscheinen lassen, „zerteilet wie von Feuer“. Wir spüren alle das schnelle Brausen vom Himmel als eines gewaltigen Windes und sehen, fühlen und hören, daß davon das ganze Haus der Erde erfüllt ist. Und nur, wenn wir nach dem rechten Pfingstgeist fragen, bemerken wir, daß er schüchtern in der Ecke steht, gelähmt von dem hartnäckigen Wahne eines allumfassenden Vernichtungswillens.

Schon zum dritten Male wird uns unter solchen Umständen das „liebliche Fest“, und niemand wird behaupten, daß es dadurch an Lieblichkeit gewinnt.

Was es uns, einem unwandelbaren wohlthätigen Geleße folgend, an Schönheit und Naturgenuß darbietet, an Sonne, Blüten und heiterer Augenweide, es wird verdüstert von dem furchtbaren Verhängnis, das die ganze Erde unterjocht. Gewiß, die Saaten keimen und sprießen und verheizen wie immer Frucht und Brot, aber wer könnte sich bei ihrem herz erfreuenden Anblick dauernd der Erinnerung entschlagen, daß auf anderen Erdstrichen glühendes Eisen den Boden pflügt und kostbares Blut die Granatenfurchen düngt?

Noch nie, solange Menschen auf unserm Planeten wandeln, hat eine ähnliche, mit allen Mitteln hochwertiger Technik ausgerüstete Gewalt so gründlich und ausgiebig die Kruste der Erde bearbeitet wie jetzt. Noch nie sind so zahlreiche Dörfer in Wälder gelegt, freundliche Städte in Schutthaufen verwandelt worden. Und wenn unser Blick zurückschweift in jene längstvergangene Zeiten, da Menschen den Göttern geopfert wurden und ihr Blut von den Opfersteinen rieselte — was kann es uns noch bedeuten angesichts der unermeßlichen Menschenopfer, die die Gegenwart heischt?

Da mag manchem die Frage nicht ganz grundlos erscheinen, die von nachdenklichen Geistern wiederholt während des Krieges aufgeworfen wurde: „Ist die Menschheit an einem Wendepunkte angelangt, — kehrt sie zurück in die Barbarei?“

Wenn sie mit solcher Hartnäckigkeit Leben und Kulturwerte vernichtet und noch Generationen nach uns mit den

unausbleiblichen Folgen beschwert, ladet sie sich damit nicht ein Gewicht auf, unter dem ihre vielgerühmte Zivilisation zusammenbrechen muß?

Wir sehen nicht so schwarz, aber man kann diese bedenklichen Fragen auch nicht mit einer Handbewegung beiseite schieben. Um so weniger, als niemand vom kapitalistischen System eine planvolle, nur auf die Sache gerichtete Aufbautätigkeit erwarten wird. Das Kapital wird sich nach Friedensschluß mit Feuereifer auf die Wiederherstellung von Werken werfen, natürlich, aber es bleibt seinem Wesen nach gebunden an die Frage des größeren oder kleineren Profits. Wie es keine moralischen Erwägungen kennt, sind ihm auch Kultur und Barbarei hohle Worte, wenn sie das Geschäft nicht fördern.

Wer also, wie einige es tun, alles von dem „bewährten Unternehmungsgeist“ erwartet, verwechselt Neugierigkeiten mit dem Geiste, der allein der Menschheit Hilfe bringen kann.

Dieser Geist ist das soziale Gewissen der Völker, wie es sich in dem Bestreben der freien Arbeiterorganisationen verförpert. Er unterscheidet sich vom kapitalistischen Geist durch seinen ethischen Charakter, vor allem aber dadurch, daß er auf eine planvolle Förderung der Kultur aller Volksgenossen und aller Gesellschaftseinrichtungen hinarbeitet. Das Kapital hat gewisse Fortschritte zur Nebenwirkung, der Arbeiterorganisation ist der Fortschritt Selbstzweck. Erlöserin, Neuschafferin kann nur eine Bewegung sein, die große Ideale in sich trägt und doch mit hellem Blick und stets bereiter Energie die Wirklichkeit meistert.

Es ist also keine Frage, daß der organisierten Arbeiterschaft der Hauptanteil an der Gestaltung der Zukunft zufallen wird. Ihr liegt es zunächst ob, dafür zu sorgen, daß ein Rückfall in dumpfes Kulltum vermieden wird, welches letzteres immerhin denkbar wäre, wenn dem Volke unerträgliche Lasten aufgebürdet würden. Darüber hinaus muß sie einen Platz am Ruder des Staatslebens gewinnen (es braucht nicht gerade ein Ministerfessel zu sein) und ihren Einfluß so zweifelsohne geltend machen können, daß er auch hinübergreift auf die Beziehungen zu anderen Nationen.

Was früher unmöglich schien, der Krieg hat dafür den Boden bereitet und manche Hirne erschlossen, die ehemals verschlossen waren. Er ist ein sehr eindringlicher Lehrer, veranschaulicht in höchstem Maße den Wert der Solidarität, zeigt die „Konstruktionsfehler“ der Gesellschaftsordnung in scharfer Deutlichkeit auf und gibt ungezählten Seelen eine neue Blick- und Empfindungsrichtung.

Wie langsam dreht sich im gewöhnlichen Gang der Dinge das Rad der Weltgeschichte! Mit wie unsäglich Mühe muß jeder, auch der kleinste Fortschritt erkämpft werden! Ja, es gab lange, tote Stellen auf diesem Wege, wo die Entwicklung stillzustehen und aller Anstrengung, aller Hebel und Schrauben zu spotten schien.

Und nun, unter den Einflüssen des kriegerischen Weltsturmes, erleben wir Dinge wie in Russland, die, ob auch noch nicht abgeschlossen, uns wie ein Wunder anmuten und jedenfalls die ungeheure unwälbende Kraft unserer Zeit handgreiflich illustrieren.

Man braucht die dortigen Ereignisse nicht mechanisch auf andere Länder zu übertragen, um zu der frohen Erkenntnis zu gelangen, daß das oft so träge Rad geschichtlichen Fortschritts auch in rasender Schnelligkeit arbeiten kann — eine Wahrheit, an der auch etwaige Rückschläge nichts ändern.

Was dort mit feurigen Zungen gesprochen worden ist, das hat auch die deutsche Arbeiterschaft verstanden und im Interesse aller Völker mit tiefer Sympathie begrüßt. Und wenn wir heute, da diese Zeilen geschrieben werden, noch keine ganz reine Freude daran haben können, weil Kräfte am Werke sind, auch die größte und edelste Erungenschaft der Kriegsepoche in den Dienst des Völkerhasses zu stellen, so bleibt uns doch die Gewißheit, daß der „laufende Webstuhl der Zeit“ in emsiger Tätigkeit ist.

Möge er der „Menschheit lebendiges Kleid“ weben, vor allem den großen Völkern Frieden, aus dem dann allen pessimistischen Prophezeiungen zum Trotz schon der fruchtbarste Pfingstgeist emporsprießen wird zum Wohle aller, die auf diesem schwer erschütterten Planeten atmen und schaffen. Sie alle, sofern sie das Gute, Rechte und Schöne wollen, werden eine Sprache sprechen: die Sprache der um Licht und Freiheit ringenden Völker.

Unser Verband am Schlusse des 33. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. Mai 1917.)

Wir marschieren! Die Steigerung der Mitgliederzahlen hält an. Seit den letzten drei Monaten nimmt der Verband ständig an Mitgliedern zu. Leider sind es immer nur die gleichen Filialen und Gauen, die diesen Fortschritt aufweisen. Wir zählen nun 26 932 Mitglieder gegen 26 380 am 1. April 1917. Das sind 552 Mitglieder in einem Monat mehr. Männliche Mitglieder zählen wir jetzt 22 730, weibliche Mitglieder 4202. Die 552 mehr Mitglieder verteilen sich auf 26 männliche und 526 weibliche Mitglieder. Das ist natürlich nicht sonderbar, hat doch auch die Frauenarbeit in früher nie geahntem Umfang in den städtischen Betrieben Einzug gehalten. Die Zunahme in weiblichen Mitgliedern zeigt uns, daß auch die Arbeiterin bis zu einem gewissen Grade für die Organisation zu gewinnen ist.

Neuaufnahmen waren im April 662 zu verzeichnen, davon 301 männliche und 361 weibliche. Die Kollegen und Kolleginnen haben aber nicht nur die Pflicht, neue Kämpfer zu gewinnen, sondern auch zu erhalten. Neuaufnehmen ist oftmals leicht, erhalten die Neugewonnenen zu fesseln und mit dem Wesen der Arbeiterbewegung vertraut zu machen, ist schon schwieriger. Die Zahl der Entlassenen ist infolge Militärentlassungen um 96 zurückgegangen, beträgt aber immer noch 28 769. Die Zahl der Kranken ist aber auffallenderweise um 215 zurückgegangen, die Zahl der Minder um 646. Arbeitslose waren am Schlusse des Monats April 47 zu verzeichnen, davon 25 weibliche. An Arbeitslosenunterstützung wurden 135,75 Mtl. ausbezahlt. An Krankenunterstützung zahlten wir 15 023,20 Mtl. aus, das sind 11 192 Mtl. weniger als im März. Insgesamt sind im April 23 408,60 Mtl. an Unterstützungen aus der Kassenkasse gezahlt worden, das sind 15 211,60 Mtl. weniger als im März. Dieser Rückgang war aber auch notwendig, denn die Krankenunterstützungszulagen nahmen in den letzten Monaten einen geradezu verhängnisvollen Umfang an, waren und sind aber bedingt durch die jetzigen Ernährungsverhältnisse.

Die Zahl unserer Toten ist leider um 31 in die Höhe gegangen und beträgt jetzt 2139.

Alles in allem ein Fortschritt in der Mitgliederzahl von 2,2 Proz., gegenüber dem Februar von 0,8 und dem März von 1,3 Proz. Trachten wir danach, diese Steigerung zu einer dauernden zu machen.

Anschließend folgt die vergleichende Zusammenstellung.

Aufnahmetag	Mitglieder am Schluß des II. Qu. 1914	Mitglieder am Aufnahmetag (I. Rubrik)	Mitgliederabnahme	Summ. Militär. Eingezogene	Angehörige der Eingezogenen		Arbeitslose
					Ehefrauen	Kinder	
15. August 1914	54522	41952	1919	10651	8517	19001	631
30. September	54522	37174	2779	14569	11508	22117	511
31. Dezember	54522	34860	3800	10072	12494	24070	523
31. März 1915	54522	31881	3395	19296	14796	27893	201
30. Juni	54522	29207	3345	21970	16703	32677	72
30. September	54522	27944	2694	24044	18137	36300	77
31. Dezember	54522	26605	2513	25404	19294	37759	232
31. März 1916	54522	26000	1935	25937	19692	37714	158
30. April	54522	26864	1610	26048	19672	37893	74
31. Mai	54522	27021	1228	26273	19788	37992	72
30. Juni	54522	27013	1110	26393	20098	38444	68
31. Juli	54522	26763	1256	26503	20130	38535	72
31. August	54522	26790	944	26788	20389	38606	43
30. September	54522	26190	1025	27907	20945	40154	69
31. Oktober	54522	26192	849	27481	20905	40293	63
30. November	54522	25972	491	28059	21313	41368	81
31. Dezember	54522	25596	645	28291	21500	41548	131
31. Januar 1917	54522	25455	383	28684	21436	43309	141
28. Februar	54522	26004	*463	28981	21714	42123	141
31. März	54522	26390	*723	29866	21847	42223	67
30. April	54522	26932	*1179	28769	21602	41632	47

* Zunahme.

Stand unserer Organisation am 1. Mai 1917.

Zählende Nr.	Gau	Mitgliederzahl am		Mitglieder- ab- nahme	Zu- nahme	Summ. Ge- e- zogenen	Angehörige der Eingezogenen		Vom 1. bis 30. April 1917 auf Kosten der Kassenkasse ausgezählte Unterstützungen					Gesamt- summe				
		Schlus des II. Qu. 1914	30. April 1917				Frauen	Kin- der	an Arbeits- lose	an Kranke	in Ester- büch- sen	an Ernt- u. über- erwerb- unter- stützt.	RL.		W.			
1	Augsburg	746	366	98	—	322	222	433	—	—	213	—	—	—	213	—		
2	Berlin	9919	5177	—	2100	6542	4541	8066	12	60	2608	—	1725	—	4345	50		
3	Brandenburg	1022	499	63	—	470	391	686	—	—	209	60	110	—	319	50		
4	Bremen	2670	1019	303	—	1348	906	1685	—	—	438	30	400	—	899	30		
5	Breslau	1360	1448	—	1413	925	762	1671	—	—	356	75	300	—	656	75		
6	Breslau	3391	1645	48	—	1688	1359	2302	22	60	1490	25	370	—	1872	75		
7	Düsseldorf	2459	924	280	—	1255	873	1565	—	—	274	30	295	—	559	30		
8	Frankfurt/M.	3109	1614	—	298	1793	1458	3104	—	—	1023	25	585	—	1608	25		
9	Hamburg	7075	3155	—	248	4168	2910	6025	73	73	2130	—	895	—	3098	75		
10	Hannover	1171	514	84	—	573	481	1042	—	—	117	75	265	—	382	75		
11	Königsberg	1162	290	213	—	659	598	1278	—	—	99	—	—	—	99	—		
12	Leipzig	3172	3390	328	—	1454	1225	2449	27	—	1076	—	690	—	1732	—		
13	Lübeck	1596	821	—	42	817	610	1259	—	—	744	25	55	10	809	90		
14	Magdeburg	1499	791	82	—	628	464	753	—	—	421	60	355	—	776	50		
15	Ramstein	3926	1477	199	—	1650	1144	2398	—	—	770	45	330	—	1100	45		
16	München	3868	2198	40	—	1180	902	2272	—	—	1873	25	575	—	1948	25		
17	Münster	2618	1004	357	—	1257	1074	2187	—	—	614	50	405	—	1019	50		
18	Strasbourg/E.	1909	643	511	—	755	677	1505	—	—	206	25	80	—	286	25		
19	Stuttgart	2908	1425	279	—	1204	928	1998	—	—	887	90	885	—	1732	50		
20	Eingezahlte Mitglieder	812	182	47	—	183	91	65	—	—	—	—	—	—	—	—		
		54522	26932	2922	4101	28769	21602	41632	135	75	15023	20	8240	—	10	68	23499	60

+ 1179

Neue Regelung der Feuerungszulagen in Hamburg.

Die Feuerungszulagen werden vom 1. April 1917 an nach folgenden „Grundätzen“ gewährt: Beamte, Angestellte und Arbeiter im Lohn oder Gehalt bis 3000 Mtl. jährlich sind Gruppe I, von 3001 Mtl. bis 6000 Mtl. sind Gruppe II, von 6001 Mtl. bis 9000 Mtl. sind Gruppe III. Ledige, die keine Angehörige versorgen, werden nur in Gruppe I berücksichtigt; sie empfangen die volle Zulage, wenn sie neben Angehörigen Wohnung und Unterhalt gewähren. Die diesbezüglich bisher bestehende Vorschrift: „im eigenen Hausstand“ ist gestrichen.

Die Gruppen I und II empfangen die Grundbeträge der Zu-

lage und die Kinderzulagen, der Gruppe III werden nur Kinderzulagen gewährt.

Die Grundbeträge (6 Mtl. wöchentlich oder 24 Mtl. monatlich, für Ledige die Hälfte dieser Sätze) sind unverändert geblieben. Auch die Kinderzulage für ein Kind (6 Mtl. monatlich) wurde nicht erhöht. Aber die Zulagen für zwei und mehr Kinder (sonst für das zweite und jedes weitere Kind je 6 Mtl. den Monat) wurden erheblich aufgebessert. Jetzt beträgt die Kinderzulage

	in Gruppe:			in Gruppe:		
	I.	II.	III.	I.	II.	III.
1 Kind	6 Mtl.	6 Mtl.	10 Mtl.	6 Kinder	78 Mtl.	69 Mtl.
2 Kinder	16	11	21	7	96	86
3	20	14	24	8	115	104
4	25	18	28	9	135	123
5	30	22	32	10	156	143

Wiederholt: für verheiratete und sonstige Arbeiter, die Angehörige zu versorgen haben, in den Gruppen I und II ist der Grundbetrag von 6 Mk. wöchentlich oder 24 Mk. monatlich in jedem Falle zuzurechnen. Die Zulage im ganzen beträgt mithin in Gruppe I bei einem Kind 30 Mk., zwei Kindern 40 Mk., drei Kindern 60 Mk. und schließlich (um im Bilde zu bleiben) bei zehn Kindern 160 Mk. monatlich.

Grundsätzlich wird jetzt auch den Familien der im Kriegsdienst stehenden Beamten, Angestellten und Arbeitern, wenn ihr Lohn oder Gehalt 9000 Mk. jährlich nicht übersteigt und ihnen für ihre Familien Lohn fortgezahlt wird, die volle Feuerungszulage (Grundbetrag und Minderzulagen) gewährt. Auf die Zulage werden aber die bei der Militärverwaltung festgesetzten Verpflegungssätze, in die ausgedrückt, angerechnet, und zwar für einen Gemeinen, Gefreiten oder Obergefreiten 1,50 Mk. den Tag oder 45 Mk. den Monat, für einen Unteroffizier 2 Mk. den Tag oder 60 Mk. den Monat und für einen Sergeanten 2,50 Mk. täglich oder 75 Mk. monatlich.

Darauf ergibt sich für die Familien, deren Ernährer nicht charakterisiert ist und die ihren Lohn oder Gehalt nach zur Gruppe I zählen, folgendes, nach den monatlichen Sätzen sowohl der Feuerungszulage wie der Verpflegung berechnetes Verhältnis:

Familienstand	Zulage Mk.	Verpflegungs- satz Mk.	Ueberschuß der Zulage Mk.
Frau ohne Kinder . . .	24,—	45,—	—
„ mit 1 Kind . . .	30,—	45,—	—
„ 2 Kindern . . .	40,—	45,—	—
„ 3 „ . . .	54,—	45,—	9,—
„ 4 „ . . .	60,—	45,—	24,—
„ 5 „ . . .	85,—	45,—	40,—
„ 6 „ . . .	102,—	45,—	57,—
„ 7 „ . . .	120,—	45,—	75,—
„ 8 „ . . .	130,—	45,—	94,—
„ 9 „ . . .	150,—	45,—	114,—
„ 10 „ . . .	180,—	45,—	135,—

Weil bei einem Unteroffizier 60 Mk. monatlich in Anrechnung kommen, kann seiner Familie erst für das vierte Kind ein Ueberschuß von 9 Mk. gezahlt werden, und bei Sergeanten ist zuerst bei dem fünften Kinde einer Familie der Verpflegungssatz um 10 Mk. überfliegen.

Die Stadt Harburg als böses Beispiel.

Welche Vorurteilung das Rathausbürgertum in Harburg von der Lage der Arbeiterschaft unter der Last des Durchhaltens hat, dafür liefert die neueste Regelung der Feuerungszulagen für die städtischen Arbeiter der Stadt Harburg einen klaffenden Beweis. Der betreffende Beschluß der städtischen Kollegien der Stadt Harburg wird in einem uns zugefügten amtlichen Schriftstück wiedergegeben, welches folgendermaßen lautet:

Geschoben, Harburg, in der gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Bürgervorsteher vom 30. März 1917.

Die städtischen Kollegien beschließen, die nach dem Beschlusse vom 21. November 1916 unter I und II aufgeführten Kriegsfeuerungszulagen für die städtischen Arbeiter mit Beginn der nächsten Lohnabgabensperiode allgemein um 30 Pf. für den Arbeitstag zu erhöhen. Hiernach werden dann die städtischen Arbeiter folgende Feuerungszulagen erhalten:

I. Die Arbeiter, die schon seit Beginn des Krieges in städtischer Beschäftigung standen:

1. wenn sie unverheiratet sind und keinen eigenen Hausstand führen, 60 Pf. für den Arbeitstag,
2. wenn sie verheiratet sind und unverheiratet sind, jedoch einen eigenen Haushalt führen, 80 Pf. für den Arbeitstag,
3. wenn sie 1 Kind unter 14 Jahren haben, 90 Pf. für den Arbeitstag,
4. wenn sie 2 Kinder unter 14 Jahren haben, 1 Mk. für den Arbeitstag,
5. wenn sie 3 Kinder unter 14 Jahren haben, 1,10 Mk. für den Arbeitstag,
6. wenn sie 4 Kinder unter 14 Jahren haben, 1,20 Mk. für den Arbeitstag,
7. wenn sie mehr als 4 Kinder haben, je weitere 10 Pf. für 1 Kind für den Arbeitstag.

II. Die seit Beginn des Krieges eingestellten Arbeiter, die bisher eine Kriegsfeuerungszulage von 30 Pf. für den Arbeitstag erhalten haben, ohne Rücksicht auf die vorhandene Kinderzahl 60 Pf. für den Arbeitstag.

Vorgelesen und genehmigt, gez. D e n i e, gez. E b e l i n g.

Bis Ende März haben die Feuerungszulagen betragen: 50 Pf. täglich als Grundbetrag für jeden vor Beginn der Kriegszeit eingestellten und seither ununterbrochen beschäftigt gebliebenen Arbeiter, ob er ledig oder verheiratet, und daneben 15 Pf. täglich für jedes Kind unter 14 Jahren; 30 Pf. täglich für die während der Kriegszeit eingestellten Arbeiter.

Jetzt steht nun der Grundbetrag der Zulage auf 60 Pf. täglich für ledige Arbeiter, 80 Pf. täglich für verheiratete Arbeiter und 90 Pf. täglich für die in den letzten drei Jahren eingestellten Arbeiter, ohne Rücksicht auf ihren Familienstand. Die Minderzulage beträgt 10 Pf. für jedes Kind.

Wohin beträgt die Erhöhung der Zulagenhöhe einzeln an sich: 10 Pf. den Tag für ledige Arbeiter, 30 Pf. für verheiratete Arbeiter und gleichfalls 30 Pf. für nicht ständige Arbeiter; gleichzeitig aber für ständige Arbeiter mit Kindern eine Herabsetzung der Minderzulage um 5 Pf. täglich für jedes Kind.

Tatsächlich beträgt die Erhöhung nur für ständige verheiratete Arbeiter ohne Kinder und für die unständigen Arbeiter 30 Pf. täglich; denn den ständigen verheirateten Arbeitern mit Kindern werden ihre 30 Pf. täglich mehr wieder durch die sie treffende Herabsetzung der Minderzulage gekürzt, bei mehreren Kindern schließlich so weit, daß von den 30 Pf. nichts bleibt; bei sieben Kindern tritt sogar eine absolute Lohnkürzung ein. Wir werden es beweisen!

Vergleichen wir die früheren Zulagen mit der jetzt eingetretenen Regelung derselben, dann ergibt sich bei den verheirateten ständigen Arbeitern mit Kindern folgendes Verhältnis: Arbeiter mit einem Kind sonst 50 Pf. für seine Person und 15 Pf. für sein Kind, zusammen 65 Pf. den Tag; jetzt 80 Pf. für seine Person und 10 Pf. für sein Kind, zusammen 90 Pf. den Tag; jetzt mehr nur 25 Pf. den Tag. Ein Arbeiter mit zwei Kindern bekam sonst 50 Pf. und für seine beiden Kinder zusammen 30 Pf., insgesamt 80 Pf. den Tag; er bekommt jetzt 80 Pf. und für seine Kinder zusammen 20 Pf., insgesamt 100 Pf. den Tag; nur 20 Pf. den Tag mehr als früher. Und so verhält sich die Zulage weiter mit der größeren Anzahl der Kinder, so daß bei drei Kindern die Zulage insgesamt nur 15 Pf. den Tag beträgt; desgleichen ferner bei vier Kindern nur noch 10 Pf., bei fünf Kindern nur 5 Pf. täglich, dann weiter bei sechs Kindern nichts, gar nichts mehr!

ist das eine Erhöhung von „allgemein 20 Pf. für den Arbeitstag“?

Monatlich, den Monat mit 26 Arbeitstagen (fallen Feiertage auf Werktage, dann sind es weniger) berechnet, ergeben sich folgende Beträge der Feuerungszulage:

für	Monatliche Zulage:		jetzt mehr Mk.	Bros.
	bis 31.3.17 Mk.	seit 1.4.17 Mk.		
unständige Arbeiter	7,80	15,60	7,80	100,00
ledige Arbeiter	13,—	15,60	2,60	20,00
verheiratete ständige Arbeiter				
a) ohne Kinder	13,—	20,80	7,80	60,00
b) mit 1 Kind	16,90	23,40	6,50	98,46
c) „ 2 Kindern	20,80	26,—	5,20	25,00
d) „ 3 „	24,70	28,60	3,90	15,79
e) „ 4 „	28,60	31,20	2,60	9,1
f) „ 5 „	32,50	33,80	1,30	4,00
g) „ 6 „	36,40	36,40	0,00	0,00
h) „ 7 „	40,30	39,—	jezt weniger 1,30	jezt weniger 3,23

Der Magistrat der Stadt Harburg bringt nicht dort Hilfe, wo die Not am größten, nämlich in den Familien mit mehreren Kindern. Klein, je größer die Kinderzahl, desto geringer die Zulage; bei sechs Kindern schon nicht einen Pfennig mehr, und bei mehr als sechs Kindern sogar Abzüge! Unerhört!

Wenigstückerlei, und daneben das an der einen Stelle wieder nehmen, was an der anderen Stelle gegeben wurde, hat der Magistrat der Stadt Harburg schon immer während der Kriegszeit geübt, das heißt bei den städtischen Arbeitern. Die erste Lohn-erhöhung als Kriegsbeihilfe bewilligte erst im Juli 1915. Und welche?! Zwanzig Pfennig den Tag nur für ständige verheiratete Arbeiter im Lohn bis 29 Mk. die Woche. Für alle sonstigen Arbeiter nichts! Im Oktober 1915 bewilligte er für Kinder der verheirateten ständigen Arbeiter eine Zulage von 10 Pf. den Tag bei ein oder zwei Kindern und 20 Pf. den Tag bei drei oder mehr Kindern. Somit weiter wieder nichts!

Vom 1. Mai 1916 an wurde die Minderzulage auf 10 Pf. täglich für jedes Kind festgesetzt. Somit aber blieb es für ver-

heiratete, ständige Arbeiter ohne Kinder bei der Zulage von 20 Pf. den Tag, und für ledige Arbeiter sowie für sämtliche während der Kriegszeit eingestellten Arbeiter, von denen manche nun schon weit über ein Jahr beschäftigt waren, auch jetzt noch keinen Pfennig mehr!

Mit dem 1. August 1916 trat für verheiratete ständige Arbeiter eine Erhöhung von 20 Pf. auf 35 Pf. den Tag ein, die Kinderzulage blieb unverändert, und für alle sonstigen Arbeiter wieder noch keine Zulage! Trotzdem nun schon zwei Kriegsjahre mit ihren ungeheuren Lasten, insbesondere für die Arbeiterschaft schwer, über diese dahingezogen waren. Im November 1916 wurde dann nun endlich den ledigen Arbeitern 40 Pf., den verheirateten ständigen Arbeitern 50 Pf. (also 15 Pf. mehr) täglich bewilligt und die Kinderzulage von 10 Pf. auf 15 Pf. für jedes Kind erhöht. Vom 12. Dezember 1916 an wurden dann den unständigen Arbeitern 30 Pf. den Tag und ledigen ständigen Arbeitern auch 50 Pf. den Tag bewilligt; für verheiratete ständige Arbeiter blieb es bei dem Grundbetrag von 50 Pf. den Tag und daneben bei der Kinderzulage von 15 Pf. täglich für jedes nicht schulentlassene Kind.

Wie weit die Stadt Garburg mit den Kriegsteuerungszulagen rückständig ist, dafür ist darauf hinzuweisen, daß sie ihren städtischen Arbeitern noch keinen Heller einmaliger Kriegsbeihilfe gewährte, dies aber nachzuholen auch nicht beabsichtigt ist, und ein Vergleich ihrer laufenden (oben dargelegten) Teuerungszulagen mit den nach den neuesten Beschlüssen der hamburgischen Staatsarbeitern bewilligten Zulagen ergeben bei Arbeitern mit Kindern folgendes Bild:

Anzahl der Kinder	Höhe der Zulagen		In Garburg weniger	
	Hamburg M.	Garburg M.	M.	Wsp.
1	80,—	23,40	6,60	28,41
2	40,—	26,—	14,—	59,84
3	54,—	28,60	26,40	88,81
4	69,—	31,20	37,80	121,15
5	85,—	33,80	51,20	151,58
6	102,—	36,40	65,60	180,22
7	120,—	39,—	81,—	207,69

Im Magistrat und im Bürgervereinskollegium sitzt nicht ein Sozialdemokrat. Das bedeutet: es ist kein Arbeitervertreter da! Das Verhalten der städtischen Kollegien in der Frage der Gewährung von Kriegsbeihilfen an die Arbeiterschaft, damit diese durchhalten kann, beweist es. Es ist aber auch zugleich weiter ein klägliches Beispiel dafür, warum für die Arbeiterschaft jetzt immer dringender Vorforderungen politische Angelegenheiten werden, und zwar die Frage nach dem allgemeinen, freien, direkten und geheimen Wahlrecht im Staat und in der Gemeinde.

Wir werden diese Nummer der „Gewerkschaft“, unseren Artikel rot angekrayt, dem Reichstagsrat zusehen. Wir wollen den Reichszentralstellen durch Tatsachen beweisen, daß auch die Stadtverwaltung der preussischen Großindustrie Garburg mit zu denjenigen Kreisen gehört, die schuld daran sind, daß Teile der Arbeiterschaft unter dem Durchhalten zusammenbrechen müssen.

Sonderzulage in Augsburg.

Man muß es den Augsburger Stadtvätern lassen, daß sie allerlei Neues zumale fördern. Sie gewähren den städtischen Arbeitern neben dem Lohn und der Kriegsteuerungszulage eine weitere sogenannte „Sonderzulage“. Eigentlich sind die städtischen Arbeiter selbst die Erfinder dieser Petteilung, weil sie unter dem 10. März d. J. einen solchen Antrag bei den städtischen Kollegien einbrachten. Anders wird aber das Bild, wenn man die niederen Löhne der hiesigen städtischen Arbeiter betrachtet. Sie sind dadurch gezwungen, auf neue Wege zu sinnen, wie ihr Einkommen ein höheres werden kann. Und so sind halt doch die Stadtväter die Urheber dieser Keuerung, nicht wie allseitig in der Bürgerchaft angenommen wird, die städtischen Arbeiter. Dann die städtischen Arbeiter ihre einzige Ware, die Arbeitskraft, genügend teuer verkauft, es würde ihnen nicht im Traum einfallen, die Stadtverwaltung bei dieser schweren und laueren Zeit mit solchen Forderungen zu belästigen. So aber sagen sich auch diese Arbeiter, daß zwischen Einnahmen und Ausgaben ein Ausgleich durch Erhöhung des Einkommens geschaffen werden muß. Wenn man durchhalten soll, muß auch die Möglichkeit dazu gegeben werden.

Der Gesamtarbeiterausschuß ließ nun unter dem 10. März d. J. nachstehenden Antrag an die hiesigen städtischen Kollegien ergehen:

„Die städtischen Kollegien wollen allen bei der Stadt beschäftigten Arbeitern und Bediensteten, die ein Jahreseinkommen unter 2400 Mk. beziehen, neben der schon bereits bestehenden Teuerungszulage, eine weitere Sonderzulage von täglich 1 Mk. gewähren; den Arbeiterinnen dagegen wird unter denselben Verhältnissen, sofern sie ein Jahreseinkommen von 1800 Mk. nicht übersteigen, eine tägliche Zulage von 50 Pf. zugestanden. Ferner wolle dieser Antrag eine dringende Behandlung erfahren und längstens bis 1. April verbeschieden werden.“

Die Anträge sind in einer Sitzung der magistratischen Referenten und der Betriebsleiter der städtischen Betriebe einer Beratung unterzogen worden, deren Ergebnis in der Hauptsache war, daß die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter allgemein anerkannt werden mußte. Man einigte sich auf den Antrag, für alle versorgungsberechtigten Arbeiter auf Kriegsdauer eine zehnprozentige Lohnzulage zu gewähren, soweit das Jahreseinkommen bei Arbeitern 2400 Mk., bei Arbeiterinnen 1800 Mark nicht übersteigt. Bei den nichtversorgungsberechtigten Arbeitern sollen die Löhne den in der Privatindustrie bezahlten angeglichen werden. Auf die Bediensteten, zu deren Vertretung der Gesamtarbeiterausschuß überhaupt nicht als befugt betrachtet wurde, sollte diese Neuregelung nicht angewendet werden, sie sollten demnach leer ausgehen.

Die wegen der entstehenden Kosten gebliebenen Erhebungen haben ergeben, daß nach vorstehendem Vorschlag jährlich mehr aufzuwenden wären 35912 Mk. in Form eines 10prozentigen Lohnzuschlages an versorgungsberechtigte Arbeiter und 75457 Mk. an Lohnerböhrungen für die sonstigen Arbeiter einschließlich der an die Arbeiter der Straßenbahn bereits gewährten Aufbesserung, insgesamt 111369 Mk. Die Anträge des Gesamtarbeiterausschusses hätten bei einer Gesamtzahl von 973 in Betracht kommenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Bediensteten der Stadt einen Kostenaufwand von jährlich 22380 Mk. erfordert.

Überbürgermeister v. Wolfram führte in seiner Begründung aus, daß eine Verringerung der versorgungsberechtigten Arbeiter trotz der schon gewährten Teuerungszulage notwendig erscheint. Die Form des prozentualen Lohnzuschlages sei gewählt, damit jene Arbeiter, auf die zur Erhaltung besonders Gewicht gelegt wird, etwas mehr bekommen. Die jetzige Zulage würde von den Beteiligten zu wenig gewürdigt, die doch in Wirklichkeit ganz ansehnliche Zuschüsse darstelle. So beträgt die Teuerungszulage für männliche Arbeiter mindestens 18 Pf., für verheiratete mindestens 72 Pf. und steigt für Letztere bis auf 2,12 Mk. und darüber pro Tag. Im Durchschnitt ergibt sich unter Zugrundelegung der jetzigen Lohnsätze eine tägliche Teuerungszulage von 70 Pf. für Arbeiter und 40 Pf. für Arbeiterinnen.

Der 10prozentige Lohnzuschlag soll in nicht versorgungsberechtigter Form und nur auf die Dauer des Krieges gewährt werden. Die Bezüge der nichtversorgungsberechtigten ständigen Arbeiter und Ausschussarbeiter soll, soweit erforderlich, den Lohnverhältnissen der Privatbetriebe unter sämtlicher Anpassung an die Sätze der Lohnskala und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und unter Anrechnung der treffenden Teuerungszulagen geachtet. Daß diese Art Regelung der Löhne bei den städtischen Bediensteten gleichartige Wünsche auslöst, ist begreiflich, kann aber in diesem Augenblick nicht als ein Grund zur Abhaltung der vorgesehene Lohnbesserung der Arbeiter angesehen werden. Das Gehalt des Gesamtarbeiterausschusses erstreckt sich zwar auch auf die städtischen Bediensteten, kann aber nicht berücksichtigt werden, weil der erwähnte Ausschuss nur für die städtischen Arbeiter legitimer Vertreter ist.

Der Vorschlag des Referenten auf eine zehnprozentige Lohnerböhrung der versorgungsberechtigten städtischen Arbeiter wurde abgelehnt und ein Antrag des Reichsrats Weinmann, der für alle versorgungsberechtigten Arbeiter täglich 50 Pf. einschließlich der Laternenwärter, verlangte, und außerdem für die nichtversorgungsberechtigten und Ausschussarbeiter der Stadt die Zahlung nach den Löhnen der Privatbetriebe vorschlug, wurde angenommen. Doch das Gemeindefollegium war anderer Anschauung. Es beschloß:

„Alle versorgungsberechtigten Arbeiter der Stadt erhalten mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1917 eine 10prozentige Lohnzulage, jedoch mit der Maßgabe, daß die Kinderzulage pro Tag 50 Pf. beträgt. Die Laternenwärter erhalten nur ihre 10 Prozent bezahlt.“

Diesem Beschluß sanktionierte schließlich dann der Magistrat, so daß vorstehender Antrag für die versorgungsberechtigten Arbeiter Gültigkeit hat. Der frühere Antrag auf Lohnregelung der nichtversorgungsberechtigten und ausschussweise in städtischen Betrieben stehenden Arbeiter bleibt durch diesen Beschluß unberührt und wurde gleichfalls angenommen.

Mit dieser formworbenden Abänderung der Beschlüsse wird dokumentiert, daß man im Stadtmagistrat selber nicht wußte,

eigentlich den Betenten gewährt werden sollte. Man wollte halt nicht etwas geben, was nichts kostet und doch Aufsehen in der Öffentlichkeit macht.

Interessant erscheinen uns die vom Referenten angeführten Gründe, von denen wir doch einige bei der Besprechung nicht übergehen möchten. So zum Beispiel ist es für die städtischen Arbeiter von außerordentlicher Wichtigkeit, zu erfahren, daß sie nur die Vertreter der Arbeiter, nicht aber die Vertreter der Bediensteten und unteren Beamten sind. Früher hieß es bei Anträgen des Arbeiterausschusses immer das Gegenteil, man sagte: Wenn man die Arbeiter aufbessert, müssen auch die Bediensteten und unteren Beamten aufbessert werden. Jetzt auf einmal diese Ueberraschung! Hier muß man doch unwillkürlich der Anschauung verfallen, daß man die Bediensteten zum Spielball verwendet und dort hinwirft, wo man sie notwendig braucht. Will man hohe Summen erreichen, nimmt man auch diese Kategorie zu den Arbeitern herüber, will man weniger, so läßt man sie einfach weg, das heißt, man schüttelt sie ab. Das kann man allerdings um so leichter, weil es die Bediensteten und unteren Beamten unterlassen haben, den einzig richtigen Weg zu wählen und sich dem Verbands anzuschließen.

Wäre die Aufbesserung mit den täglich 50 Pf. noch etwas erträglich, so fehlt unterdessen aber der Regelung der Lohnzulage für die nichtversorgungsberechtigten Arbeiterklasse vollständig das Vertrauen. Durch diesen Beschluß ist der ehemalige alte verhöhrte Lohn in der Entlohnung wieder hergestellt. Man kann nach Schreden aufbessern und dem Abteilungsvorstand bleibt es überlassen, wer an der Aufbesserung teilnehmen soll. Wiederholt wurde früher verhandelt gegen diesen Zustand angetämpft. Heute hat man dem einen Arbeiter die Aufbesserung gewährt und dem anderen in der gleichgelagerten Arbeit dieselbe versagt. Dies schäblich erst am 1. Januar 1917. Und da sollte man Vertrauen haben? Wenn es so ernst ist, diese Arbeiter in den Löhnen mit den Löhnen im Privatbetriebe gleichzustellen, warum scheidet man dann den Tarifabschluß gar so arg mit der Organisation? Wenn es nicht eine leere Floskel sein soll, warum bekämpft man dann den Gedankengang eines Tarifabschlusses in allen städtischen Betrieben? Augenscheinlich ist hier kein Notat besser als eine andere Stadt! Ja, sie ist rückständiger, weil die heutigen Industriebarone nicht wünschen, daß die städtischen Arbeiter tarifliche Lohnregelungen erhalten. Man möchte nachahmen und das scheidet man so arg.

Unbegreiflich aber erscheint es doch, daß die Laternenwärter statt täglich 50 Pf. nur 20 Pf. erhalten sollen. Bezeichnend ist, daß dieser Antrag liberalen Herzen entsprungen ist, der den einen mehr und den anderen, und zwar den niederstentlohten Arbeitern, am allerwenigsten zusetzt. Man weiß bei der Stadt sowohl als auch in den liberalen Kreisen ganz gut, daß die Laternenwärter im ihrem Nebenamt Schneider und Schuhler sind, die jetzt wegen mangelnder Rohmaterialien keine Arbeit und somit gar keinen oder nur ganz geringen Nebenverdienst haben. Und dennoch hält man ihren Monatsgehalt von 60 Mk. einschließlich der geringen Teuerungszulage für so hoch, daß man pro Tag 30 Pf. von der vorgeschlagenen Sonderzulage ohne sich ein weiteres Gewissen zu machen, weghreißt.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn am 13. Mai eine gutbesetzte Versammlung der städtischen Arbeiter Stellung nahm und in einer Entschiedenheit einen energischen Protest zum Ausdruck brachte.

Jetzt aber liegt es an den städtischen Bediensteten, Arbeitern und Arbeiterinnen, zu handeln. Das Lösungswort kann nur sein: **Sine in in den Verband!**

◆ **Aus unserer Bewegung** ◆

Gießen. Am 6. Mai fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung für alle im städtischen Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Zu der Versammlung waren die Stadtverordneten sowie der Oberbürgermeister schriftlich eingeladen. Anwesend waren die Stadtverordneten H. Winn und Prof. Urstadt. Von beiden, daß man für die Arbeiter nicht viel übrig hat. Kollege Adde-Frankfurt a. M. referierte über unsere Eingabe vom 1. Februar d. J. und ihre Behandlung von seiten der Stadtverwaltung. Er führte an Hand eines reichhaltigen Materials den Herren vor Augen, daß es den städtischen Arbeitern bei den zurzeit bestehenden Löhnen unmöglich ist, sich und ihre Familien zu ernähren. Andere Städte in der Größe Giessens bezahlen einen bedeutend höheren Lohn und auch höhere Teuerungszulagen. Redner schloß dann noch das Verhalten der Oberbürgermeisterei, die es nicht einmal für nötig befunden hatte, unsere Eingabe zu beantworten. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion erkannte Stadtverordneter J. Wenn unsere Forderung als gerecht an und versprach sein

Möglichstes zu tun, damit sie sobald wie möglich erledigt würde. Nachdem Kollege Looie die Herren Stadtverordneten noch aufgefordert hatte, dahin wirken zu wollen, daß die Teuerungszulage vom 1. Februar d. J. nachbezahlt wird, was von beiden Herren auch zugesagt wurde, schloß Kollege Looie die Versammlung. — Nach den Ausführungen, welche der Herr Oberbürgermeister auf unsere Eingabe wegen Erhöhung der Teuerungszulage in der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Mai machte, betrug die einmalige Teuerungszulage, welche Weihnachten an die Beamten und Arbeiter der Stadt Gießen ausgezahlt wurde, zusammen 22.000 Mk. Hier von haben aber (wie auch der Herr Oberbürgermeister weiß und wie auch in der Stadtverordnetenversammlung Ende Februar d. J. von einem Stadtverordneten scharf kritisiert wurde) die Arbeiter das meiste bekommen. Die Arbeiter ohne Kinder belamen 20 Mk. und für jedes Kind unter 15 Jahren 5 Mk. Mehr wie fünf Kinder wurden nicht angerechnet. Die Höchstsumme betrug 45 Mk. Nun beschäftigt die Stadt zurzeit 200 bis 250 Arbeiter. Von diesen haben aber 60 gar keine Kinder unter 15 Jahren, und über 100 haben 1 bis 3 Kinder. Rechnet man nun im Durchschnitt 4 Kinder, so wäre für die Arbeiter die Summe von 10.000 Mk. aufzuwenden worden, für die Herren Beamten aber 22.000 Mk. Die Herren, die dank ihrer Stellung schon eine bedeutend höhere Einnahme wie die Arbeiter haben, müssen auch eine höhere Teuerungszulage haben! Gießen bleibt aber auch bei dieser einmaligen Ausgabe gegen andere Städte weit zurück. So zahlte Frankfurt a. M., Mainz, Worms, Offenbach und Darmstadt das Doppelte und noch mehr an ihre Arbeiter. Die Arbeiter sollten aber daraus lernen, daß nur eine starke Organisation Wandel schaffen kann. Deshalb rufen wir ihnen zu: **Schließt Euch dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverbände an!**

Hamburg. Am 16. Mai waren unsere Kollegen und Kolleginnen der Aufforderung zum Versammlungsbesuch in großer Anzahl gefolgt. Die Tagesordnung bestand in der Hauptsache in der Vorlage dreier Resolutionen:

Die am 16. Mai 1917 im Gewerkschaftshaus versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der hamburgischen Staatsbetriebe bringen hiermit öffentlich zum Ausdruck, daß ihre Löhne den niederen Lohnklassen nach jetzt viel zu gering, weil nebst den Teuerungszulagen unzureichend sind, das zum Lebensunterhalt Notwendige: Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung, Licht und Heizung, und die vielen einmaligen Ausgaben damit zu bestreiten. Löhne von 4 Mk. oder höchstens 5 und zwar ein nach neun Jahren — 5 Mk. den Tag oder 30 Mk. die Woche für vollkräftige Arbeiter, oder von 5,10 Mk. bis — gleichfalls erst nach neun Jahren — 6 Mk. den Tag oder 36 Mk. die Woche für Handwerker, sind nicht mehr zeitgemäß. Von den jetzt 20.000 jezt in den Betrieben des hamburgischen Staates Beschäftigten, ländlich angestellten Personen erhalten mehr als 20.000 derselben einen Lohn, der einschließlich Teuerungszulagen weniger als 2000 Mk. jährlich beträgt. Die Versammlung beschließt daher die Forderung einer Lohnerböhung. Sämtliche Lohnsätze sind um 1 Mk. für den Tag, 6 Mk. für die Woche nach sechsmonatlichem Tagelohn, 7 Mk. für die Woche nach siebenmonatlichem Tagelohn, 25 Mk. für den Monat bei Monatslohn und 300 Mk. für das Jahr bei Jahreslohn aufzubessern.

Damit den Arbeitern die durch Diensthalt erworkenen Höchstlöhne erhalten bleiben, fordert die Versammlung ein Verbot, dienstliche Arbeiter als Minderarbeiter zu bezeichnen und ihnen alsdann den Lohn zu kürzen. Diese insbesondere bei der 1. Section der Requisition (Ingenieurwesen, Gartenwesen und Strafreinigung) wählenden Lohnsätze bezeichnen die Versammlung mit Rücksicht auf die Dienstalterszulagen als ein unehrliches Schiem.

Die Versammlung verlangt ferner eine Verbesserung der Gehältern für die Arbeiterausschüsse, insbesondere: Wählbarkeit für sämtliche volljährigen Arbeiter und Arbeiterinnen; Wählbarkeit für alle mindestens ein Jahr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen; Freisetzung der Wählerlisten; Erziehung unter Zuziehung von Gewerkschaftsangehörigen; Tringlichkeitsverhandlungen mit den Deputationen als Behörden.

Zur Versorgung abgedienter Staatsarbeiter und ihrer Hinterbliebenen sollen die Arbeiterausschüsse die Gewährung von Ruhegeldern und Witwen und Waisenfürsorge beantragen. Die Versorgungsstufe ist als Altersversorgung ungeeignet und deshalb zu bejehigen.

Aus der Begründung ist hervorzuheben: Hamburg steht jetzt mit seinen Teuerungszulagen an erster Stelle; denn es sind höher als in den Betrieben des Reichs, des preußischen Landes und der Städte. Aber die Löhne sind zu niedrig. Sie wurden 1912 festgesetzt und waren schon zu gering, als der Krieg ausbrach. Die Teuerungszulage wird ihrem Grundbetrag gemäß 16 Mk. wöchentlich oder 24 Mk. monatlich, jezt einschließlich bis zur Lohninkommensgrenze von 6.000 Mk. jährlich gewährt, auch Kinderzulagen bis 4.000 Mk. und darum müssen unten die Löhne erhöht werden; denn wenn auch nur bis 6.000 Mk. eine Zulage für jeden notwendig ist, dann ist sie bei einem Einkommen von unter 3.000 Mk. zu gering. Darum fordern wir die Erhöhung der Löhne. Mit den veralteten Satzungen für die Arbeiterausschüsse muß gründlich aufgeräumt

werden. Kreis, gleiches Wahlrecht wollen wir; ferner, daß den Arbeiterausschüssen die Genehmigung der Arbeiterdienstvorschriften vorbehalten wird, daß sie weiter zu ihren Verhandlungen offiziellvertreter der Staatsarbeiterorganisation heranziehen können und daß sie auch Verhandlungen mit den Deputationen als Behörden fordern dürfen. Arbeiterausschüsse, deren Verfassung ihnen nach allen Seiten hin und ebensowohl moralisch wie formell die Berechtigung als Arbeitervertretung gibt und sie als solche unabhängig von dem Willen der Verwaltungsbeamten macht. Fort mit der Bevormundung! Wir sind kein Gehülde vormärzlicher Zeit. Wir verlangen neuzeitliches Arbeiterrecht! Und ebensowohl rücksichtigend ist die Altersversorgung, durch eine Versorgungskasse errichtet. Trotz Beiträge nur Renten, kaum mehr als ein Arzengeld. Ein kürzlich „pensionierter“ Arbeiter, der 38 Jahre ununterbrochen im Dienste des Staates stand, empfängt nun 31,25 Mk. Rente den Monat. Und Witwen- und Waisenfürsorge nach geregelten Bestimmungen besteht überhaupt nicht. Dieser Mißstand muß ein Ende haben. Die Arbeiterkassierträgt die Arbeiterpolitik der Perisidbureauftrage nicht mehr. Die Diskussionsredner gingen mit ihren Forderungen über die Resolution hinaus. Es mußte 2 Mk. mehr Lohn und auch Verlängerung des Sommerurlaubs verlangt werden. Der Referent bekämpfte alle Abänderungsvorschläge, und wurde dann der Resolution von sämtlichen Anwesenden zugestimmt.

Hannover. In der Mitgliederversammlung vom 16. Mai referierte der Kollege Meißner über „Die Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaften im neuen Deutschland“. Redner führte aus, daß die Arbeiterbewegung aller Länder bisher zu schwach war, dieses ernsthafte Vorkommen von der Menschheit fernzuhalten. Nicht Arbeiterinteressen, sondern Kapitalinteressen führen zum Krieg. Jetzt müssen wir einen Kampf um unsere nationale Existenz führen. Gleichzeitig müssen wir aber auch um die freiheitlichere Ausgestaltung unseres Staatswesens kämpfen. Von den leitenden Personen ist freihetlichere Gestaltung unseres Staatswesens angehendigt. Diese Ankündigung allein schon hat sämtliche Scharfmacher und Reaktionen auf den Plan gerufen, um gegen diese Ankündigung Sturm zu laufen. Diejenige Trud von rechts muß ein viel härterer Trud von links folgen. Die Zustände haben uns gelehrt, daß die Arbeiterorganisationen viel zu schwach und dadurch zu ohnmächtig waren. Scharfmachertum und Reaktion erfolgreich zu bekämpfen. Der Ausbau und die Stärkung der Organisationen ist dringende Pflicht. Die minderbemittelte Klasse ist die stärkste Klasse im Staate. Ihrer Zahl entsprechend muß auch ihr Anteil an der Staatsverwaltung sein. Dazu bedarf es aber starker Organisationen. Nur starke Arbeiterorganisationen führen die Reichheit auf eine Kulturhöhe, die zukünftige Krüge ausschließt. Welcher Arbeiter wollte sich dieser Kulturarbeit entziehen. — Im Reichstedenen“ wurde noch mitgeteilt, daß unsere Lohnbewegung demnächst Erfolg haben wird.

Hofsd. Am 12. Mai fand in der „Philharmonie“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Sie befaßte sich mit einer Lohnsteigerung und der vom Vorstandsvorstand angeführten Beitragssteigerung. Zum ersten Punkt wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß vom Rat und Bürgervertretung eine neue Regelung der Feuerungszulage beschlossen sei, sie ist aber von den Behörden noch nicht bekanntgegeben. Wie verlautet, ist das preussische Minister angewandt und somit gehen alle Unberatheten und Verheirateten ohne Minder gänzlich leer aus. Die Verammlung beschloß einstimmig eine Eingabe an den Rat zu richten, worin eine Lohnaufbesserung von 1 Mk. pro Tag und Schicht gefordert werden soll. Zum 2. Punkt erläuterte Kollege Böhrt die Gründe, die den Vorstand zu dieser Maßnahme geführt haben. Der Vorstand wollte bei dieser Beitragssteigerung ebenfalls nicht leer ausgehen und stellte den Antrag, ebenfalls die Sozialzuschläge um 5 Pf. pro Woche zu erhöhen. Alle Redner bewilligten die Neuregelung sowie den Antrag. Somit wurde dann einstimmig beschlossen, ab 1. Juli einen Beitrag von 75 Pf. pro Woche zu erheben.

• Rundschau •

Förderung der Bauaktivität durch die Deeresverwaltung. Trotz der heißen Kämpfe jetzt müssen doch, wie allgemein anerkannt, schon immer gewisse Vorbereitungen für die mit Eintritt des Friedens drohenden Aufgaben getroffen werden. Nach fast allgemeiner Ueberzeugung besteht für die Zeit nach Friedensschluß, wenigstens an zahlreichen Orten, die Gefahr einer großen Wohnungsnot und starken Missetuerung, und zu ihrer Bekämpfung wird dann eine ausdehnende umfassende Bauaktivität, namentlich was die Wohnungsbauangelegenheiten anlangt, notwendig sein. Eins der wichtigsten Hindernisse aber, die einer solchen Bauaktivität entgegenstehen, ist der durch die Kriegsverhältnisse geschaffene Mangel an Baumaterial sowie auch der hohe Preis desselben. Es darf nun darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Deeresverwaltung und wohl auch die Kreisverwaltung in der Lage wären, hier wesentlich beizutragen. Sie verfügen über sehr viel Baumaterial, das für die Wohnungsbaumatiale sehr geeignet wäre und das sie zum Teil schon jetzt, namentlich aber in Zukunft nach Friedensschluß nicht mehr brauchen. In den ausgebauten Schutzgräben und Unter-

ständen und ähnlichen militärischen Bauten befinden sich Holz, Eisen, Bausteine usw. in großer Menge, ferner enthalten aber auch militärischen Barackenlager, die früher oder später zum Abbruch kommen werden, namentlich die für die Gefangenen, große Mengen von Baumaterial. Diese Materialmassen sollte die Deeresverwaltung, soweit möglich, schon jetzt, sonst aber wenigstens gleich nach Friedensschluß der Bauaktivität, namentlich der zur Errichtung von Kleinwohnungen, zur Verfügung stellen, und zwar zu billigen Preisen, nötigenfalls auch umsonst, um der aus mannigfachen Gründen zu erwartenden starken Verteuerung des Bauens entgegenzuwirken. Das wäre eine sehr wirksame Bekämpfung von Wohnungsnot und Wohnungssteuerung! Vollständig unerlässlich hierbei wäre aber, den richtigen Weg für dieses Vorgehen zu finden. Es müßte sorgfältig dafür Sorge getroffen werden, daß dieses militärische Material den Stellen zugeteilt wird, die es direkt zur Bedarfsbefriedigung verwenden, und zwar nach Möglichkeit denjenigen Stellen, die den dringendsten Bedarf haben. Ferner müßte unbedingt Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Endpreise, zu denen der Bevölkerung dieses militärische Material zugeteilt wird, den von der Deeresverwaltung zu stellenden billigen Bedingungen entsprechen und daß nicht etwa von den Zwischenstellen ein ungebührlicher Aufschlag genommen wird. Es leuchtet ein, daß hiernach wohl vor allem die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die gemeinnützige Bauaktivität die geeigneten Stellen zur Uebernahme und Verwertung des Materials sein würden. Am besten würde eine planmäßige Regelung der ganzen wichtigen Frage zwischen der Deeresverwaltung einerseits und dem Reichsamt des Innern oder auch den einzelnen Bundesstaaten andererseits stattfinden. Jedenfalls aber sollten sich die einzelnen Kommunalverwaltungen und ihre Verbände, die gemeinnützigen Bauunternehmungen und die Vertreter der Wohnungsreform jetzt schon ohne Verzug um diese ganze Angelegenheit kümmern.

Auch ein „Kriegesdokument“. Ein Bauer im Oldenburgischen schreibt im „Hannoverschen Volkswillen“: „Hier bei uns im rein ländlichen Oldenburg merkt man außer der Knappheit an einzelnen Kolonialwaren vom Kriege, was die Lebenshaltung anbetrifft, so gut wie nichts. Es besteht hierzulande zwar auch der Weidewirtschaft bei Hauschlachtungen; aber wie wird die Sache auf der Lande gehandhabt! Wenn der Bauer die Genehmigung zur Schlachtung einer Kuh erhalten hat, hängt schon noch eine andere und geschehener Forderung in sicherem Versteck. Ebenso geht es mit den Schweinen. Wenn zwei oder drei der Verkünder zur Schlachtung nach gewissem Zeitraum angemeldet waren, wurden sicher fünf bis sechs geschlachtet. Die Hälfte also heimlich. Viehflach wurden dann auch noch unausgemästete leichte Schwine bei der Schlachtung zur Taxierung angemeldet und schwere Tiere vom doppelten Gewicht zur Schlachtung genommen. Viele, sehr viele Bauern, schlachten während des Krieges doppelt so viel wie in Friedenszeiten, verleben sich also auf zwei Jahre im voraus. Wenn bei diesen Bauern eine gründliche Durchscheidung stattfände, so würde das Resultat erstaunliche Mengen an Fleischdauerverwaren sein, wogegen die sogenannte „Oldenburg-Spende“ ein Kinderpiel wäre. Dann ist ein großer Uebelstand das Entstehen der Selbstverjorger in Brot! Somit haben die Bauern hier wenig oder gar keinen Weizen angebaut. Jetzt ist es anders. Jeder Landwirt hat einen Acker mit Weizen bestellt, wovon wohl nur sehr wenig, in den meisten Fällen nichts, abgegeben wurde. Dann entspricht auch die Saatmenge, welche gekauft wurde auf sogenannten Verzugsschein, der Anbaufläche ganz und gar nicht. Vom Saatquantum wurde eben nur etwa die Hälfte ausgesät und die andere Hälfte beim Müller ohne weiteres zu Feinmehl gemahlen für den Haushalt. Der Bauer hierzulande geht nämlich von seiner alten Lebensweise nicht ab; er muß jeden Morgen seinen „Brotlofen“ in Speck gebacken haben. Dann mit dem Vorlofen Selbstverjorger ist hierzulande in den Landstädchen ein großer Teil der Einwohner, auf dem platten Lande ein jeder. Ob nun der Selbstverjorger einmal oder zweimal in die Mühle geht, die zugleich immer Schwarzbrotdäckeri hat, um Roggen gegen Brot umzuwandeln, danach wird nicht gefragt. Auch nicht danach, ob es Brote von 15 oder 30 Pfund sind; der Müller gibt eben für ein Quantum Roggen ein entsprechend großes Brot. Wehmlich liegt es mit der Milch. Auch hier müßte eine scharfe Kontrolle eintreten, da die Milch noch vielfach, so wie sie gemolken ist, den Schweinen vorgegossen wird. Dies ist bei den zu hohen Viehpreisen rentabel. Es wird auch nicht immer streng nach allen Seiten durchgegriffen. So hat vor einiger Zeit eine hiesige Großfirma an die Detailschäfte gedruckte Büdinge 5 Mark pro Kiste leurer verkauft, als diese im Nachbargesitz zu haben waren. Die Fische waren von derselben Verteilungstelle. Diefelbe Firma soll an der Vermittlung des Bierverjorger, der ihr übertragen, jährlich circa 100 000 Mark verdienen. Dann der Wucher! Bei hiesigen Schlachtereimeistern fehlten bei der Revision durch Gendarm-Untersuchung Tausende von Pfunden Daneware; sie wird zum Teil zu Wucherpreisen als „Geschmuggelte“ Ware nach den Städten verkauft sein, zum anderen Teil haben sie sogenannte bessere Preise erhalten. So hat ein Schlachter an zwei Guter ganz bedeutend mehr Fleisch geliefert, als ihnen zustand. Dem Schlachter haben sie die Wade zugemacht. Was ist den Gutsbesitzern geschehen? Ein anderes hiesiges Großhaus erhielt wegen Wuchers beim Verkauf von Eiern nach außerhalb der Höchstpreis ist hier 20 Pf.) nur 1200 Mk. Strafe; einen kleinen Kolonialwarengeschäft wurden dagegen wegen Verkauf von

31 Eiern und einigen Broteln auf Brotmarken aus einem Nachbarort das Geschäft und die Bäckerei geschlossen. Der Futtermehl steht dadurch vor dem Ruin. Wie bei den Bauern und den sogenannten besseren Leuten auf dem Lande, so dürften bei einer gründlichen Nachschau bei den Meiden in den Städten auch festerbare Sachen zutage kommen. Hier fand in den letzten Tagen bei einem Professor (Vetter der Dunawer) eine Nachschau statt, wobei u. a. acht Pfund frische Kollereitruer gefunden wurden. Wo war diese her? Ob dabei ich diese Leute direkt zur Kollerei gehen sehen. Eine Bekämpfung der Notlage in den Städten kann nur durch starken Viehumsatz der Landwirte erfolgen. Ferner müssen auf alle Maßnahmen entsprechende Höchstpreise früh genug gesetzt werden. Welcher Umfang ist es zum Beispiel mit den Gänsen, die leider noch immer marktfrei sind. Ich selbst züchte welche und werde von Händlern überlaufen, die für 7 bis 8 Wochen alt Mitten 25 Mk. pro Stück bieten! Was was kosten die fetten Gänse? Dabei ist die Anschaffung viel zu leicht. Nach einem Lebensalter von vierzehn Tagen nähren sich die Tiere nur vom Weidegras, kosten tatsächlich sehr wenig. Hat zum Beispiel jemand 100 Gänse und läßt diese auf der Kuhweide mitweiden, dann erzielt er davon nach 15 bis 18 Wochen 4000 bis 5000 Mark! So kommt es, daß die arbeitende Bevölkerung heute die Gänse nur dem Namen nach kennt. — Dazu bedarf es für den Großhändler natürlich keines Kommentars.

Mettenhandel mit verdorbenen Konjerven. 17 000 bis 18 000 Tellen minderwertige Wurstkonjerven gingen aus dem Besitz einer Berliner Vorortgemeinde der Reihe nach in sechs verschiedene Hände über, ohne jemals an den Kleinbändler oder Verbraucher zu kommen. Sie wurden aber dabei im Preise von 160 Mk. auf 1,70 Mk., dann 2 Mk., 2,25, 2,50 und zuletzt auf 2,50 Mk. geschickert. Die verdorbenen Mettenbänder wurden gleichwohl vom Schöpfungsgott Berlin ohne freigesprochen, weil keiner von ihnen einen „übermäßigen“ Gewinn erzielt habe. Man sieht, wie schwer es ist, diesen Schurkern beizukommen. Daneben aber interessiert noch der Umstand, daß es sich um verdorbene, mit dem Gelde der Steuerzahler von der Gemeinde erworbene Konjerven handelt. Das ist nur ein Fall von vielen, welcher die Zerstückelung einer Gemeinde beleuchtet, die nicht einmal imstande ist, solche Ware dem Hersteller oder Aufkäufer wieder zur Verfügung zu stellen und sich an ihm schadlos zu halten, sondern den mehrwürdigen Weg acht, diese Ware „ohne Garantie“ mit Verlust einfach weiter zu veräußern.

Eingegangene Schriften und Bücher

Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland bis zur Reichsgewerbeordnung. Staatswirtschaftliche Abhandlung von Wolfgang Müller, Doktor der Staatswirtschaft. (Münchener Volkswirtschaftliche Studien. Herausgegeben von Luis Brentano und Walter Koh. 110. Stück.) Verlag der G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart und Berlin. Geht 2 Mk.

Unter den Fragen, die bei der Neuorientierung unserer Innern, mit nach Wiederherstellung des Friedens Lösung verlangen, steht die Neuorientierung des Arbeitsverhältnisses obenan. Zunächst kann die Anomalie fortbestehen, welche die §§ 152 und 153 der F.O. bedeuten, in dem sie eine Vertragsänderung zwar als rechtlich zulässig anerkennen, ihr aber nicht nur die bindende Kraft absprechen, sondern auch diejenigen mit Strafe bedrohen, welche den von einer ganz in die Ehre der Sozialarbeitenden getriebenen Arbeiter als unehrenhaft behandeln. Unter diesen Umständen ist von der größten Wichtigkeit, genaues Versehen zu wissen, wie diese Paragraphen entstanden sind und Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland überhaupt sich entwickelt haben. Das im Cotta'schen Verlage erscheinende Buch Müllers gibt darüber gründlichen Bescheid. Es verfolgt Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland von ihren ersten Anfängen an bis zum Erhalt des geltenden Rechts in fesselnder und erhellender Darstellung. Kein Futurist wird es entbehren können.

Die soziale Bilanz des Krieges. Von Farvus. 30 Tellen, Preis 25 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin 68. Der bekannte sozialdemokratische Parteischriftsteller untersucht in dieser populären Prosäure, was die am Kriege beteiligten Klassen vom Kriege erwartet haben und was er ihnen gebracht. Sehr reichhaltiges Material zeigt, wie furchtbar das Erwachen sein muß, wenn die Völker die graufige Nacht dieses großen Traumas überstanden haben werden. Die Bilanz ist ein Warn-, an Herz und Verstand appellierender Ruf nach Beendigung des Weltkriege, nach besserem Vernehmen der Völker untereinander. Verbittet wird, bei aller Betonung der Tragik der „Neuorientierung“, dem Gedanken wiederzugeben, als gehe die Sozialisten der anderen Länder nicht innerpolitisch sondern, unter Augen um die deutsche Sozialreform, auch nur das geringste an. Die sehr lesenswerte Schrift klingt in recht aktuelle Mahnungen für die Zukunft aus.

Die Vorgeschichte des Weltkrieges hat viele wichtige Kapitel. Ein davon, das seinen bewegten Inhalt auf der Grenzzone zwischen Frieden und Krieg handeln laßt, betrifft das diplomatische Schachspiel der Reaktionen, dessen Entwicklung sich in laufendwärtiger Verknüpfung von Zeit und Bewegung vollzieht. Die im „Vorwärts“ Verlag herausgegebenen „Dokumente zum Weltkrieg“, die nacheinander die Teufschritten und Akten

stöße Deutschlands, Englands, Rußlands, Belgiens, Frankreichs, Österreichs, Italiens, Serbiens in ihren bemerkenswerten Teilen ausgehört wiedergeben, enthalten einen Versuch, Einblick in die Vorgänge der blutigen Kollaterale zu gewinnen. Diese Dokumente sind jetzt bis zum 16. Heft erschienen. Heft 13 und 14 ergänzen das Deutsche Weisbuch durch die vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Nachrichten und stellen außerdem eine Reihe wichtiger Aufsätze und Notizen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zusammen, die während des vorigen Jahres durch staatsrechtliche diplomatische Ausgebungen veranlaßt wurden. Diese letzte Ausgabe ist getroffen auf Grund des Materials einer Sammlung, die von der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt wurde. Heft 15 enthält Nachrichten und Ergänzungen des englischen Weisbuchs, die beiden ersten Teile vervollständigend. Das 16. Heft enthält Auszüge aus dem 2. Teil des belgischen Weisbuchs.

„Die Woche“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Farvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erscheinende Heft 7 enthält u. a. folgende Artikel: J. Meerfeld, M. d. N.: Das Zentrum am Scheidewege. Wilhelm Janssen: Die finnische Frage. Heinrich Cunow: Englands Wandlung. Johann Pienge: Die Revolutionierung der Revolutionäre. II. Curt Pising: Die Verteidigen nach dem Kriege. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Totenliste des Verbandes.

F. Becker, Ebersfeld Städtischer Arbeiter † 11. 5. 1917, 64 Jahre alt.	Adam Schimpff, Hamburg † 29. 4. 1917, 69 Jahre alt.
G. Feher, Alm-Söflingen Hilfsdiener † 17. 4. 1917, 58 Jahre alt.	A. Schmidt, Offenbach-Bürgel Zustellbote † 3. 5. 1917, 34 Jahre alt.
Inise Fielit, Berlin Parlarteilerin † 8. 5. 1917, 53 Jahre alt.	Henry Seefeld, Hamburg Kreisverwalter † 7. 5. 1917, 54 Jahre alt.
W. Höpken, Hammelwarden Schlosser † 27. 4. 1917, 55 Jahre alt.	August Thomas, Dresden Arbeiter † 8. 5. 1917, 39 Jahre alt.
Hermann Hegeler, Brahe Zimmerer † 6. 5. 1917, 69 Jahre alt.	Amandus Timm, Hamburg Landdeputation † 20. 4. 1917, 59 Jahre alt.
Albert Matlack, Dresden Arbeiter † 13. 5. 1917, 49 Jahre alt.	Wikt. Trautmann, Darmstadt Untermeister † 19. 4. 1917, 60 Jahre alt.
Jakob Meyer, Finkenwärder Baggerer † 2. 5. 1917, 63 Jahre alt.	Johann Trymak, Lübeck Manallbanarbeiter † 4. 5. 1917, 53 Jahre alt.
K. Müller, Kaiserslautern Kanalarbeiter † 8. 5. 1917, 54 Jahre alt.	H. Vogelsang, Berlin Arbeiter † 14. 5. 1917, 39 Jahre alt.
Albert Otto, Hamburg Landdeputation † 28. 4. 1917, 52 Jahre alt.	Ernst Waller, Berlin Parlarteilerin † 10. 5. 1917, 62 Jahre alt.
Ch. Schanzendach, Heilbroun Invalide † 9. 5. 1917, 83 Jahre alt.	August Wessel, Hamburg Arbeiter † 17. 5. 1917, 39 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

August Albers, Moorfleth am 9. Mai 1917 im Alter von 28 Jahren gefallen.	Karl Lieb, Gr.-Schmidsch am 30. Dezember 1916 im Alter von 44 Jahren gefallen.
Max Buge, Berlin am 28. März 1917 im Alter von 39 Jahren gefallen.	Fritz Koop, Wodok i. Wehl. am 3. Mai 1917 im Alter von 30 Jahren gefallen.
Wilhelm Delert, Berlin am 16. April 1916 im Alter von 34 Jahren gefallen.	Hermann Pelsche, Neukölln am 3. Mai 1917 im Alter von 42 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!